

Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Seniorenfragen am 05.11.2015

Sachstandsbericht zum Projekt Teilhabeplanung für Menschen mit Behinderungen anhand der Arbeit der Arbeitsgruppe 1 Barrierefreiheit – Mobilität – Wohnen – Wohnumfeld

Übersicht:

Phase 0 Selbstorganisation

Phase 1 Wo stehen wir? (Analyse der gegenwärtigen Situation)

Phase 2 Wo wollen wir hin? Was wollen wir erreichen?

Phase 3 Wie wollen wir das erreichen? (Maßnahmenplanung,
Umsetzungsschritte, Prioritätensetzung)

Phase 4 Koordination und Gesamtabstimmung der AG- Ergebnisse

Phase 5 Redaktion

Phase 0 Selbstorganisation

Bildung einer verwaltungsinternen Arbeitsgruppe zur Projektorganisation sowie Herausarbeitung und Abgrenzung der Themenfelder für die einzelnen Arbeitsgruppen

AG 1 Barrierefreiheit – Mobilität – Wohnen – Wohnumfeld

AG 2 Bildung und Sport

AG 3 Arbeit und Beschäftigung

AG 4 (nach späterer Zusammenlegung) Soziale Sicherheit – Gesundheit
und Pflege

AG 5 Freizeit – Tourismus – Kultur

Gewinnung eines Kernteams für die einzelnen Arbeitsgruppen bestehend aus dem/ der

Vorsitzenden (außerhalb der Verwaltung),
Co- Vorsitzenden (aus dem Behindertenbeirat),
Stellvertreter/ Stellvertreterin aus der Verwaltung (als Bindeglied zur Verwaltung und Geschäftsstelle der AG).

In der AG 1 sind dies Herr Jumpertz, Herr Liebenow und Herr Reckow.

Werbung weiterer AG- Mitglieder (insbesondere aus den Reihen der Behinderten und der wesentlichen Akteure der definierten Handlungsfelder)

Bildung einer Lenkungsgruppe aus dem Projektleiter – Herrn Dr. Erlebach – Vertretern des Behindertenbeirates und den oben genannten Kernteams der einzelnen Arbeitsgruppen.

Die bisherige Arbeit in der AG 1 (zu Phasen 2 und 3):

Bisher gab es 6 Sitzungen der AG.

Schnell bestand Einigkeit darin, dass die bestehende Datenlage unzureichend oder widersprüchlich ist. Daher wurde die Durchführung einer Fragebogenaktion angeregt, die nähere Aufschlüsse über die gegenwärtige Situation liefern soll.

Der Schwerpunkt der Arbeit lag zunächst darin, sich die aktuelle Situationsbeschreibung aus Sicht der Hauptakteure schildern zu lassen, die sich zur Mitarbeit in der AG bereit erklärt hatten. Es schlossen sich jeweils lebhafte Diskussionen an, die den Unternehmen auch bereits zahlreiche nützliche Hinweise und Anregungen geliefert haben. Der gewünschte Effekt, Entscheider und Betroffene miteinander ins Gespräch zu bringen, ist insoweit bereits eingetreten.

Zudem ergaben sich in der Diskussion jeweils auch bereits Ansätze für konkrete Projekte oder Maßnahmen, die in der oben beschriebenen Phase 3 wieder aufgegriffen werden sollen.

Einvernehmen bestand jeweils darin, dass schon viel gemacht und auch erreicht wurde. Es bleibt aber ebenso noch viel zu tun. Auch gibt es Unterschiede. So sind die Belange der Rollstuhlfahrer bereits nachhaltiger berücksichtigt, als etwa die der Sehbehinderten.

Kernaussagen der jeweiligen Situationsbeschreibung:

VBB:

Über die Möglichkeit, die Busse für den Einstieg von Rollstuhlfahrern abzusenken, ist die Mobilität insoweit überwiegend gewährleistet.

In den Fahrzeugen wurden auch bereits Sitzreihen ausgebaut, um die nötigen Räume zu schaffen. Eine Herausforderung stellt es aber dar, immer die notwendigen Kapazitäten bereit zu stellen, da aufgrund der demografischen Entwicklung auch die Zahl der Rollatoren erheblich ansteigt.

Im Bereich der Straßenbahn wurde zwar durch den Umbau oder die Anschaffung gebrauchter „neuer“ Fahrzeuge viel gemacht, es gibt aber noch Defizite, die sich zumeist aus den unterschiedlichen Fahrzeugtypen und insbesondere den unterschiedlichen Höhenprofilen ergeben. So wird angestrebt, die Haltestellen auf dem Görden baulich anzupassen. Die Haltestelle Fachhochschule ist besonders problematisch.

Im Bereich der kognitiven Einschränkung bei der Nutzung des ÖPNV ist die Branche insgesamt über das Niveau der Grundlagenarbeit an persönlicher Hilfestellung nicht hinaus.

WOBRA/ WBG:

Im Wohnungsbereich ist die Situation durch die gewachsene und zum Teil historische Bausubstanz geprägt. Im Altbestand lässt sich – zu wirtschaftlich vertretbaren Kosten – eine Barrierefreiheit nicht herstellen, lediglich ein barrierearmer Zustand. Fahrstühle wurden vielerorts nachgerüstet.

Auf Wunsch der Betroffenen bemühen sich die Wohnungsunternehmen, vorhandene Hindernisse zu beseitigen oder zu minimieren.

Darüber hinaus schätzen sie ein, dass sie den Betroffenen jeweils eine behindertengerechte Wohnung anbieten können, jedoch nicht in jedem Kiez. D.h., es müsste die Bereitschaft zum Umzug bestehen, was aber häufig nicht der Fall ist.

Die Forderung, flächendeckend alle Wohnungen barrierefrei aus- oder umzubauen wird in absehbarer Zeit nicht zu erreichen sein. Aufgrund des dadurch entstehenden Kostendrucks auf die Mieten wäre dies auch kaum sinnvoll. Die Wohnungsunternehmen würden sich aber eine Umstellung der Förderprogramme, weg von der Neubau oder Komplettsanierung zur Förderung kleinteiliger Anpassungen im konkreten Bedarfsfall wünschen.

Fachgruppe Straßen und Brücken:

Ähnlich gestalten sich die Rahmenbedingungen im öffentlichen Raum.

Bei Neubau von Straßen, Wegen, Plätzen oder auch Grünanlagen wird den Belangen der Barrierefreiheit so weit als möglich Rechnung getragen. Hier erfolgt auch jeweils eine funktionierende Abstimmung mit dem Behindertenbeirat. Es werden fast immer befriedigende Lösungen gefunden.

Die Probleme liegen jeweils im Altbestand. Hier bemüht sich die Verwaltung zwar auch nachhaltig, besondere Problemstellen zu beseitigen, aber die Mittel und Möglichkeiten sind begrenzt. Eine besondere Bedeutung kommt dabei jeweils den Querungshilfen zu. Für den Laien ist schon erstaunlich, was etwa bei einer Ampelkreuzung so alles berücksichtigt werden muss, wenn man den verschiedenen Behinderungsformen gerecht werden will.

Aus steht noch eine Diskussion der Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden, insbesondere denen der Stadtverwaltung. Diesen wollen wir uns in Form eines Interviews widmen.

Ebenso wollen wir uns mit dem Themenfeld „Kommunikation“ (von Angeboten in leichter Sprache über das Lokalfernsehen bis hin zum Internet) befassen.

Fragebogenaktion und Interviews

Da wir in unseren Arbeitsgruppen nur einen Teil der Betroffenen abbilden, soll eine Fragebogenaktion aufzeigen, in welchen Bereichen die Behinderten sich stark, mehr oder auch eher weniger behindert fühlen. Dadurch können zukünftige Handlungsschwerpunkte identifiziert und Prioritäten abgeleitet werden.

Die Experten- Interviews ermöglichen die Einbindung von Betrieben und Einrichtungen, die bisher nicht (über die Arbeit in den AG's) in den Erarbeitungsprozess eingebunden sind.

Da diese nicht bis zu fünfmal befragt werden sollen, ist eine Koordination des Informationsbedarfs der verschiedenen Arbeitsgemeinschaften erforderlich.

Da steht die AG 1 zurzeit.

Anarbeitung der Phase 2 Wo wollen wir hin? Was wollen wir erreichen?

Unsere Arbeitsgruppe hat sich dafür ausgesprochen, den einzelnen Zielen und Maßnahmen eine Ebene der Hauptziele voran zu stellen.

Die Hauptzielstellung könnte lauten:

Die Stadt Brandenburg will eine barrierefreie Stadt werden oder

Die Stadt Brandenburg will die Forderungen der UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen.

In beiden Fällen müssten die Forderungen der UN- BRK weiter dargestellt werden.

Gefallen hat uns die Formulierung im Behindertenpolitischen Maßnahmenpaket des Landes:

Förderung der aktiven, gleichberechtigten Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft

bauliche, sächliche, kommunikative Gesellschaft

Bewusstseinsbildung für eine inklusive Gesellschaft

Partizipation von Menschen mit Behinderungen

Den besonderen Bedürfnissen von Frauen und Männern wird durch konsequente Beachtung der Geschlechterperspektive Rechnung getragen

oder besser (Forderungen aus dem Grußwort in leichter Sprache):

Behinderte Menschen sollen die gleichen Rechte haben.

Sie sollen leben können, wie alle anderen Menschen auch.

Mitten in den Städten und Gemeinden.

Das heißt Inklusion.

Alle behinderten Menschen sollen überall mitmachen können.

Sie sollen überall dabei sein können

Behinderte Menschen sollen selbst bestimmen, wie sie leben.

Sie sollen selbst bestimmen, wo sie leben.

Es darf keine Hindernisse für behinderte Menschen geben.

Alles soll barriere-frei sein.

**Behinderte Menschen sollen die Unterstützung bekommen,
die sie brauchen.**

Das geht nur gemeinsam mit allen.

Zusammen mit den Menschen mit Behinderungen.

Und den Menschen ohne Behinderungen.

Von diesen Hauptzielen abgeleitet sollen dann die Ziele für die einzelnen Aufgabenfelder unserer Arbeitsgruppe definiert werden (Sektoralziele).

Phase 3 Wie wollen wir das erreichen? (Maßnahmenplanung, Umsetzungsschritte, Prioritätensetzung)

Mit der Definition der Sektoralziele haben wir auch ein „Gerüst“ an dem wir die vielen einzelnen Ideen, Hinweise oder Einzelforderungen festmachen können, auf die wir in unseren bisherigen Informations- und Diskussionsrunden gestoßen sind.

Spätestens dann (und insbesondere für die Prioritätensetzung) benötigen wir jedoch die Auswertung der Fragebogen- Aktion und der Interviews.

Zu den Interviews ist noch auszuführen, dass diese nicht nur dazu dienen, einen breiteren Eindruck zur gegenwärtigen Situation (Ist- Stand) zu erlangen. Bei geschickter Formulierung der Fragen sind sie auch geeignet, ein (noch) besseres Problembewusstsein bei den Befragten zu schaffen und damit gleichzeitig bereits ein weiterer Umsetzungsschritt des Teilhabeplans. Der erste Schritt war und ist ja bereits das Projekt selbst, indem es - wie eingangs angesprochen - Betroffene und Politik/ Unternehmen/Einrichtungen/Verwaltung zusammen geführt hat und weiter miteinander im Gespräch hält.

Phasen 4 und 5:

Danach wird die Arbeit der Arbeitsgruppe abgeschlossen sein und wird man in einer Koordinationsphase die einzelnen Ergebnisse der AG´s miteinander abgleichen und abstimmen müssen. Abschließend wird ein Gesamtentwurf auszuarbeiten sei.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

Detlef Reckow

